



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT
DIE MINISTERIN

Im August 2012

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Ankündigung von Ministerpräsident Kretschmann, ab dem kommenden Haushaltsjahr 2013 bis zum Jahr 2020 rund 11.600 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer zu streichen, hat das erwartete kritische Echo gefunden. Auch innerhalb der SPD wird dieser Beschluss der Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur (KHV) stark diskutiert. Ich möchte euch deshalb auf diesem Weg über die aktuelle Situation im Kultusbereich informieren.

Die grün-rote Landesregierung ist mit klaren Zielen in der Bildungspolitik angetreten: Wir werden den jahrzehntelangen Reformstau in der Schulpolitik beenden, um das Bildungssystem zukunftsfähig machen. Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit, damit schulische Erfolge nicht mehr von der Herkunft abhängen. Die Leistungsfähigkeit des Schulsystems soll verbessert werden, damit es auch international mit den besten Schulen mithalten kann. Nach 15 Monaten Regierungsarbeit und den ersten grundlegenden Reformschritten sind wir auf einem guten Weg, um diese Ziele zu erreichen.

Beim Bildungsaufbruch ist schon viel erreicht

- Wir stärken den vorschulischen Bereich, um mit der Förderung der einzelnen Kinder so früh wie möglich zu beginnen. Bildung und Betreuung wurden deshalb durch einen "Pakt für Familien mit Kindern" der Landesregierung mit den Kommunen entscheidend vorangebracht. Das Land übernimmt jetzt deutlich mehr Verantwortung und fördert die Betriebsausgaben für die Kleinkindbetreuung stärker als zuvor. Die Mittel wurden von bislang 129 Millionen Euro (2012) und 152 Millionen Euro (2013) erheblich um 315 Millionen Euro im Jahr 2012 und 325 Millionen Euro im Jahr 2013 erhöht. Ab 2014 wird das Land inklusive der Bundesmittel 68 Prozent der Betriebs-

ausgaben für die Kleinkindbetreuung übernehmen. Mit diesem Pakt hat die neue Landesregierung den Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige erheblich beschleunigt.

- Wir haben die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung abgeschafft und dadurch die Chancen von Kindern aus Familien mit geringerem Bildungsniveau erheblich gestärkt. Die Eltern können nun nach einer intensiven Beratung durch die Lehrkräfte selbst entscheiden, auf welche weiterführende Schule ihr Kind gehen soll. Die Rückmeldungen aus den Grundschulen zeigen, dass das neue Elternrecht die Gesprächsatmosphäre zwischen Eltern und Lehrkräften erheblich entspannt hat. Die Anmeldungen bei den weiterführenden Schulen haben zudem unter Beweis gestellt, dass die meisten Eltern mit ihrem neuen Recht verantwortlich umgehen.
- Bei der Haupt-/Werkrealschule sind wir unserem Ziel näher gekommen, dass kein Jugendlicher mehr ohne oder mit einem schlechten Abschluss die Schule verlassen muss. Die Werkrealschule ermöglicht deshalb einen Hauptschulabschluss in Klasse 9 und in Klasse 10. Zudem können mehr junge Menschen als zuvor einen mittleren Bildungsabschluss ablegen, da wir die bisherige Notenhürde zum Übergang in die 10. Klasse gestrichen haben. Dies wird von den jungen Leuten auch gut angenommen. Zum kommenden Schuljahr wird rund die Hälfte aller Werkrealschüler in die zehnte Klasse wechseln. Das sind wesentlich mehr als früher.
- Bei den Realschulen hat das Kultusministerium erstmals Poolstunden von 1,5 Stunden je Zug eingeführt, um die individuelle Förderung auszubauen. Damit reagieren wir auf die zunehmende Heterogenität der Schülerinnen und Schüler an den Realschulen. Als besonderes Element startet jetzt in den achten Klassen die sogenannte "Kompetenzanalyse Profil AC". Durch dieses neue Instrument der Analyse an den Realschulen lassen sich die überfachlichen, ausbildungsrelevanten Fähigkeiten junger Menschen erstmals systematisch erfassen, um sie weiterzuentwickeln und für die Berufsorientierung nutzen zu können. Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, in dem dieses Instrument ab dem Schuljahr 2013/14 flächendeckend an dieser Schulart eingesetzt wird.
- An allen Gymnasien schaffen wir durch eine weitere Poolstunde für alle fünften und sechsten Klassen ebenfalls mehr Raum für individuelle Förderung. Viele Schulen und viele Schülerinnen und Schüler kommen mit dem G 8 zwar gut zurecht, andere füh-

len sich allerdings zeitlich zu stark belastet. Wie sehr auch die Eltern das G 9 unterstützen, zeigte sich bei den Anmeldungen für den Schulversuch G 9 an zunächst 22 Standorten. Dabei wählten mehr als 80 Prozent das G 9, so dass sieben Gymnasien in den fünften Klassen ausschließlich damit starten werden. Der Modellversuch ist aber keine Rückkehr zum früheren neunjährigen Gymnasium, sondern eine Weiterentwicklung auf Grundlage des G8-Bildungsplans. Am 1. Dezember endet die Anmeldefrist für weitere 22 Standorte im Rahmen des Modellversuchs.

- Auch bei den beruflichen Schulen schaffen wir eine Qualitätsverbesserung, um den Schülerinnen und Schülern individuell bessere Wahlmöglichkeiten zu bieten. Zum Schuljahr 2012/2013 richten wir weitere 50 Eingangsklassen an den beruflichen Gymnasien ein und schaffen 15 neue sechsjährige berufliche Gymnasien. An beruflichen Schulen werden zudem Handlungsempfehlungen der Enquêtekommission "Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft" des Landtags Baden-Württemberg umgesetzt. Ein Schwerpunkt liegt auf der weiteren Stärkung der Integrationsleistung. Dazu dient die individuelle Förderung in der Sekundarstufe II, an der nun bis zu 195 Berufskollegs und berufliche Gymnasien teilnehmen können; oder der Ausbau von individuellen Unterstützungssystemen an bis zu 120 Berufsschulen, um noch mehr junge Menschen erfolgreich zum Ausbildungsabschluss zu führen. Ebenso können mit der Einführung von Ganztagsangeboten an bis zu 375 Klassen der berufsvorbereitenden Bildungsgänge und an bis zu 50 Klassen des Berufskolleg I überfachliche Kompetenzen gestärkt werden. Die inklusive Beschulung von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern, die nun an vielen beruflichen Schulen durch einen Sonderpädagogischen Dienst unterstützt wird, ist ein Meilenstein der Integration auf berufsbezogenen Bildungswegen.

- Einer der wichtigsten Punkte ist die Einführung einer neuen Schulart: Die Gemeinschaftsschule verwirklicht längeres gemeinsames Lernen, Chancengerechtigkeit, bestmögliche individuelle Förderung und sie eröffnet ein breites Angebot an Schulabschlüssen. Wir setzen mit der Gemeinschaftsschule auf eine zeitgemäße Pädagogik, in deren Zentrum gemeinsames Lernen in heterogenen Gruppen und individuelles Lernen stehen. Leitgedanke ist eine leistungsstarke und sozial gerechte Schule, in der Schülerinnen und Schüler in Lerngruppen nach ihren individuellen Voraussetzungen und Fähigkeiten gefördert werden. Bereits zum Schuljahr 2012/2013 gehen 42 Gemeinschaftsschulen an den Start. Die neue Schulart ist im Land über alle Parteigrenzen hinweg bei Eltern und vor allem bei vielen Lehrkräften auf eine positive

Resonanz gestoßen. Wichtig ist uns: Die neue Schulart wird den Kommunen nicht aufgezwungen. Sie ist ein Angebot, das den Akteuren vor Ort die Möglichkeit eröffnet, ihre kommunale Schulentwicklung selbst zu bestimmen. Damit stellen die Gemeinschaftsschulen eine große Chance gerade für den ländlichen Raum dar, die Herausforderungen des demografischen Wandels zu meistern.

- Die Sicherung einer guten Unterrichtsversorgung ist für das Kultusministerium eine Daueraufgabe mit höchster Priorität. Deshalb wurde bereits im vergangenen Sommer die von der Vorgängerregierung beschlossene Streichung von 711 Lehrerstellen zurückgenommen. Zudem haben wir zusätzliche Mittel von fünf Millionen Euro freigegeben, als sich hier an den Schulen Engpässe abzeichneten.

Mit diesen Schritten bringt die grün-rote Landesregierung den Bildungsaufbruch entscheidend voran, so dass wir selbstbewusst ins Schuljahr 2012/13 gehen können. Wir machen in diesem Schuljahr das Thema Unterrichtsversorgung zu einem Schwerpunkt. Jede Stunde Unterrichtsausfall ist eine Stunde zu viel. Dabei kommt uns zugute, dass das kommende Schuljahr noch nicht von der Spardiskussion betroffen ist. Wir stellen deshalb sicher, dass sich die Lage bei der Unterrichtsversorgung entspannt. Zum einen hat die Landesregierung dafür gesorgt, dass die rund 3.300 Deputate, die aufgrund des Schülerrückgangs rechnerisch weggefallen wären, im Bildungssystem erhalten bleiben. Zum zweiten kommen 200 zusätzliche Stellen für Krankheitsvertreter hinzu, so dass jetzt insgesamt 1.466 Stellen zur Verfügung stehen und die bislang schlechte Ausgangslage verbessert wird. Und zum dritten wird die bisherige Deckelung bei den Finanzmitteln, mit denen Vertretungsverträge abgeschlossen werden können, aufgehoben. Wir erhalten also im kommenden Schuljahr neuen Spielraum, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern.

Auch im Kultusetat Einsparungen notwendig

Leider steht die Landesregierung angesichts des von Schwarz-Gelb übernommenen Schuldenbergs von mehr als 40 Milliarden Euro vor sehr großen Herausforderungen. Jahr für Jahr klafft ein Loch von 2,5 Milliarden Euro zwischen Einnahmen und Ausgaben. Dennoch muss die Landesregierung bis 2020 den Haushalt sanieren und die "Schuldenbremse" einhalten. Da aber 39 Prozent der Ausgaben des Landes für Personalkosten aufgewendet werden, muss auch hier gespart werden, um erfolgreich zu sein. Rund die Hälfte der Personalkosten des Landes entfällt auf das Kultusministerium. Hier fließen acht von neun Milliarden Euro und damit 87 Prozent des Etats in den

Personalbereich. Deshalb ist naheliegend, dass es bei diesem anspruchsvollen Einsparziel ohne einen Sparbeitrag über die Lehrerstellen nicht geht. Das trage ich auch mit, um die Politik der Landesregierung insgesamt zum Erfolg zu bringen.

Gerade im Bildungsbereich zeigt sich die finanzielle Belastung durch Vorhaben der früheren Landesregierung besonders. So muss die neue Landesregierung 226 Millionen Euro allein für die Weiterfinanzierung der Qualitätsoffensive Bildung aufbringen, die die alte Landesregierung begonnen, aber nicht in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen hatte. Darunter fällt zum Beispiel die Senkung des Klassenteilers. Dies entspricht insgesamt 3.500 Lehrerstellen, die letztlich auf Pump finanziert worden sind. Weitere rund 8.055 Lehrerstellen sind in den Haushalten 2014 bis 2018 als "künftig wegfallend" gekennzeichnet. Hinzu kommen weitere Einzelprojekte mit erheblichem Kostenaufwand, die nicht finanziert worden sind, etwa Singen-Bewegensprechen für Kindergarten und Grundschule oder auch das Bildungshaus.

Starker Schülerrückgang eröffnet Spielräume

Der erhebliche Rückgang bei der Zahl der Schülerinnen und Schüler eröffnet in den kommenden Jahren auch Spielräume für den Abbau von Lehrerstellen im Kultusbereich. Nachdem die Zahl bereits in den vergangenen acht Jahren um rund 125.000 Mädchen und Jungen zurückgegangen ist, geht das Statistische Landesamt für den Zeitraum von 2012 bis 2020 von einem weiteren Minus von etwa 190.000 aus. Zudem steht das Land insgesamt bei der Schüler-Lehrer-Relation bundesweit gut da.

Allerdings: Für eine Einsparung von 11.600 Stellen gibt es zwei Voraussetzungen, die ich als selbstverständlich für eine sozialdemokratische Politik betrachte: 1. Die Unterrichtsversorgung darf sich nicht verschlechtern. 2. Die wichtigsten Teile des Bildungsaufbruchs müssen weiterhin finanzierbar bleiben, von der Gemeinschaftsschule über die Stärkung der Grundschulen bis zum Ausbau des individuellen Lernens in allen Schularten. Hier geht es nicht nur um Kernpunkte der SPD-Politik, hier geht es auch darum, unsere Aussagen aus dem Wahlkampf einzuhalten und damit glaubwürdig zu bleiben. Wir müssen deshalb den jährlichen Abbau der Lehrerstellen danach ausrichten, dass diese beiden Voraussetzungen gewährleistet sind. Denn wir dürfen die Hoffnungen der Eltern nicht enttäuschen. Ich weise auch darauf hin, dass wir für den bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagschule und die Inklusion dringend weitere Finanzmittel benötigen.

Alle Strukturen stehen auf dem Prüfstand

Im Rahmen eines Haushaltsstrukturprogramms werden wir prüfen, welche Sparpotenziale im Kultusbereich vorhanden sind. Denkverbote wird es dabei nicht geben. Alle Strukturen stehen auf dem Prüfstand, die Steuerung des Lehrereinsatzes ebenso wie die Aufgabenverteilung in der Verwaltung, die Überprüfung der nicht direkt im Unterricht eingesetzten Stellen ebenso wie die Zusammenlegung kleiner Klassen und Schulen. Letzteres geschieht im Rahmen der Regionalen Schulentwicklungsplanung, deren konzeptionelle Grundlage derzeit zusammen mit den kommunalen Landesverbänden ausgearbeitet wird. Ziel ist letztlich, nicht nur Einsparmöglichkeiten zu finden, sondern auch die Effizienz in allen Punkten zu steigern.

Ich betone zum Schluss nochmals, dass die Inhalte einer sozialdemokratischen Bildungspolitik nicht von der Finanzpolitik allein abhängig gemacht werden dürfen, auch wenn die Konsolidierung des Haushalts notwendig ist. Es bleibt unser Ziel, jedem Mädchen und jedem Jungen den jeweils bestmöglichen Schulabschluss zu ermöglichen. Der Schulerfolg darf nicht mehr von Geldbeutel und Bildungsniveau der Eltern abhängig sein. Dafür stehen wir mit unserer gemeinsamen Politik.

Eure



Gabriele Warminski-Leitheußer
Ministerin für Kultus, Jugend und Sport
des Landes Baden-Württemberg